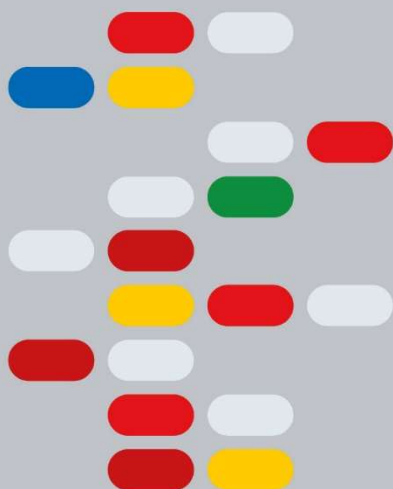




Vorarlberg
unser Land



GEMEINSAM IN VERANTWORTUNG

VORSITZ LAND VORARLBERG
1. HALBJAHR 2022

Pressekonferenz

Freitag, 7. Jänner 2022

Landeshauptmann Markus Wallner

Landeshauptmann Günther Platter

Vorarlberg übernimmt Ländervorsitz von Tirol

Vorarlberg übernimmt Ländervorsitz von Tirol

Gemeinsam in Verantwortung als Leitsatz für engagiertes Arbeitsprogramm

Mit Jahresbeginn hat Landeshauptmann Markus Wallner von seinem Tiroler Amtskollegen Landeshauptmann Günther Platter turnusmäßig die Vorsitzführung über die Konferenz der Landeshauptleute übernommen. Bei einem Arbeitsgespräch heute, Freitag (7. Jänner 2022), zwischen den beiden Regierungschefs in Bregenz erfolgte die offizielle Vorsitzübergabe. Er werde den Vorarlberger Vorsitz „umsichtig, vorausschauend und lösungsorientiert anlegen“, versicherte Landeshauptmann Wallner. Beim Tiroler Landeshauptmann Platter bedankte er sich für eine „exzellente Vorsitzführung in pandemiebedingt besonders herausfordernden Zeiten“. Klar sei, dass die Pandemiebekämpfung und -bewältigung auch in den kommenden sechs Monaten inhaltlicher Schwerpunkt der Vorsitzarbeit bleiben wird. Daneben gebe es in vielen anderen Bereichen wichtige Themen, die es voranzubringen gilt, und es würden auch wichtige Richtungsentscheidungen in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern anstehen, etwa bei der angestrebten Pflegereform, der Weiterentwicklung der Elementarpädagogik, in Sachen Arbeitsmarktreform oder beim weiteren Infrastrukturausbau. „Als Vorsitzland konnte Tirol in vielen bedeutenden Fragen tragfähige Lösungen erzielen“, zieht Landeshauptmann Platter im Rückblick eine positive Bilanz. Den Ausgleich bei der Gesundheitsfinanzierung mit einem Volumen von 750 Millionen Euro sowie das Länderinvestitionspaket im Umfang von 500 Millionen Euro zählt er zu den sichtbarsten Erfolgen.

„Gemeinsam in Verantwortung“ lautet der bestimmende Leitsatz, unter den Vorarlberg sein umfassendes, engagiertes Arbeitsprogramm für den Ländervorsitz gestellt hat. „Für tragfähige und in die Zukunft gerichtete Lösungen ist eine enge und konstruktive Zusammenarbeit aller Länder mit dem Bund eine ganz zentrale Voraussetzung“, begründet Landeshauptmann Markus Wallner das betont einende Vorsitzmotto. Gerade auch die herausfordernde Pandemie-Entwicklung erfordere ein koordiniertes Vorgehen auf allen Ebenen, um am Ende gestärkt aus der Krise hervorgehen zu können, so Wallner: „Das Coronavirus stellt seit fast zwei Jahren nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe, sondern testet auch die Stabilität unserer Demokratie und des Staatswesens. Damit stehen alle politischen Ebenen in einer besonderen Verantwortung“. Es brauche die Bereitschaft, an einem Strang zu ziehen, sowie gegenseitiges Verständnis, nicht nur im alltäglichen Zusammenleben, sondern auch in der Arbeit zwischen Bund und Ländern. Den Vorsitz in der Konferenz der Landeshauptleute hatte Vorarlberg letztmalig in der zweiten Jahreshälfte 2017 inne.

Verlässlich und berechenbar

Die Zusammenarbeit müsse auf allen Seiten von Berechenbarkeit und Verlässlichkeit geprägt sein, formuliert Wallner eine wesentliche Grundbedingung. Es gebe ein gesamtstaatliches Interesse, dem sich auch die Länder verpflichtet fühlen, stellt der Vorarlberger Regierungschef als neuer Vorsitzender der Landeshauptleute-Konferenz klar. Dabei würden sich die Länder als gleichberechtigte Partner verstehen, die auf Augenhöhe einzubinden sind. Dass sich die Länder ihrer Verantwortung bewusst sind, habe die einschneidende Entscheidung zusammen mit dem

Bund für einen weiteren Lockdown im Dezember ebenso gezeigt, wie der gemeinsam gefasste Beschluss, ab 1. Februar 2022 eine bundesweite Impfpflicht in Kraft zu setzen. „Niemand hatte Freude mit dem Lockdown als erforderliche Notbremse, um das Gesundheitssystem zu schützen, und niemand hat Freude mit der bevorstehenden Impfpflicht, die angesichts der Entwicklung allerdings einzig sinnvoller Ausweg ist“, wie Wallner verdeutlicht. Dieses Mittragen von unpopulären Maßnahmen wertet der Landeshauptmann als „sichtbares Zeichen eines funktionierenden und verantwortungsbewussten Föderalismus“.

Engagiertes Arbeitsprogramm

Auf der Pandemiebekämpfung liege auch in der bevorstehenden sechsmonatigen Vorarlberger Vorsitzperiode ein ganz zentraler Fokus, wie Landeshauptmann Markus Wallner informiert. Vorarlberg werde mit dem von Bund und Ländern gemeinsam eingerichteten Informations- und Beratungsgremium für eine Gesamtstaatliche CoV-Krisenkoordination (GECKO), dem Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Disziplinen angehören, im laufenden Austausch bleiben. Die Herausforderung der Länder liege darin, für Empfehlungen aus der GECKO möglichst einheitliche Länderpositionen zu formulieren – „so zeitnah wie nur möglich“, unterstreicht Landeshauptmann Wallner: „Im Vordergrund steht diesbezüglich, die Koordination zwischen den Ländern weiter zu optimieren“.

Im Zuge der jüngsten Landeshauptleutekonferenz am Tiroler Achensee im November 2021 sind in einem Leitantrag eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung des gemeinsamen Pandemiemanagements in den unterschiedlichsten Bereichen verabschiedet worden. Diese Vorschläge sollen zusammen mit dem Bund und allen relevanten Systempartnern bewertet und anschließend als Maßnahmenpaket mit konkretem Zeitplan umgesetzt werden.

Rund 500 Millionen Euro für Länderinvestitionspaket

Damit der Konjunkturmotor nicht ins Stottern gerät und nachhaltige sowie zukunftsweisende Projekte initiiert und umgesetzt werden können, haben sich die Länder unter dem Vorsitz Tirols mit dem Bund darüber hinaus auf die Bereitstellung eines 500 Millionen Euro schweren Länderinvestitionspakets verständigt. Die Mittel sind Teil der 3,5 Milliarden Euro, die Österreich aus dem Aufbau- und Resilienzfonds der Europäischen Union retour erhält. Darin enthalten sind sowohl nicht rückzuzahlende Zuschüsse als auch Darlehen. „Dem Länderinvestitionspaket sind harte Verhandlungen mit dem Bund vorausgegangen, die aber letztlich zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden konnten. Mit diesen 500 Millionen Euro können nun nachhaltige und zukunftsgerichtete Projekte umgesetzt werden, die den Wirtschafts- und Arbeitsstandort aller Länder und damit Österreichs stärken“, erklärt Landeshauptmann Platter.

Gemäß Bevölkerungsschlüssel würden zwischen 20 und 25 Millionen Euro nach Vorarlberg fließen, rechnet Landeshauptmann Wallner vor. Der Betrag soll bereits im 1. Quartal 2022 zur Auszahlung kommen. Nach Abwicklung des Aufbau- und Resilienzplans auf Bundesebene soll die Gesamthöhe des Zuschusses an die Länder in einem zweiten Schritt noch auf 17,5 Prozent der im Aufbau- und Resilienzplan auf Österreich tatsächlich entfallenen Mittel weiter aufgestockt werden. Die zusätzlichen Mittel würden dringend benötigt, sagt Wallner: „Etwa zur

Unterstützung der Digitalisierungsoffensive an Schulen, zum weiteren Ausbau im Bereich nachhaltiger Mobilität oder Maßnahmen für einen möglichst effizienten und klimabewussten Energieeinsatz“.

Noch während des Tiroler Vorsitzes haben sich die Länder mit dem Bund zudem auf eine Verlängerung des bestehenden Finanzausgleichs bis Ende 2023 verständigt.

Maßnahmenpaket für Pflege

Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Pflegeversorgung und vor allem -finanzierung sind verschiedene Maßnahmen erforderlich. Mit der Forderung, ein umfassendes Pflegepaket zu schnüren, haben sich die Länder an den Bund gewandt. Inhaltlich liegt der Fokus auf dem Ausbildungsbereich, Stichwort Pflegelehre, der Unterstützung von pflegenden Angehörigen und der Finanzierung von Pflegeleistungen allgemein. Von Vorarlberg wurde die Idee für einen neuen Ausbildungsfonds ins Spiel gebracht, der von Bund und Ländern gemeinsam finanziert würde. Ein solcher Fonds könnte dazu beitragen, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen und vermehrt Berufsumsteigerinnen und -umsteiger zu gewinnen. Aus dem Fonds ließe sich für die Zeit während der Ausbildung eine Existenzsicherung finanzieren. Darüber hinaus ließen sich damit positive Anreize setzen, zum Beispiel für gute Praktikumsbegleitungen, Anstellungen in Heimen während der Ausbildung (um Personalbindung zu stärken), zudem bessere Personalschlüssel, dadurch bestmögliche Dienstplangestaltung, usw.

Kaum mehr bewältigbare Herausforderung

Im Kern gehe es darum, den Ländern und Gemeinden entsprechende Mittel für die Pflege zur Verfügung zu stellen, erläutert der Vorarlberger Landeshauptmann. Insbesondere die stark und kontinuierlich steigenden Kosten bei der stationären und der mobilen Pflege sind finanziell zu einer kaum mehr bewältigbaren Herausforderung für die Länder und die Gemeinden geworden. Mit Blick auf diese Entwicklung gelte es speziell die Frage einer zukünftigen und nachhaltigen Pflegefinanzierung so rasch wie möglich zu lösen, sind sich die beiden Regierungschefs aus Tirol und Vorarlberg einig. Zusätzlich benötige es Maßnahmen sowohl im Bereich Pflegeausbildung, zur Attraktivitätserhöhung von Pflegeberufen und zur Entlastung des Pflegepersonals sowie von pflegenden Angehörigen. Der dem Bund vorgelegte Maßnahmenkatalog der Länder besteht aus insgesamt neun Punkten. Die Weichen für das Paket haben die Länder bei der Landeshauptleute-Konferenz am Achensee und bei der Landesgesundheitsreferenten-Konferenz in Hall im Vorjahr gestellt. „Wichtig ist, zu einer Gesamtlösung zu kommen, um das System zu stabilisieren und zukunftsfit auszugestalten. Bei der Pflege handelt es sich um eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand, die es sicherzustellen gilt“, bekräftigt Landeshauptmann Markus Wallner.

Enge Abstimmung bei Hospiz- und Palliativversorgung

Eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit mit dem Bund erwarten sich die Länder auch bei der Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung. Auf Basis des neuen Hospiz- und Palliativfondsgesetzes (HosPalFG) geht es im nächsten Schritt darum, konkrete Qualitätskriterien, Ausbaugrade, Tarife, usw. festzulegen. Eine nachhaltige Finanzierung sei entscheidend, um PalliativpatientInnen und deren Angehörigen bedürfnisangepasste Unterstützungsleistungen

anbieten zu können, sagt Wallner. Sollten ohne enge Abstimmung mit den Ländern einseitig umfangreiche bzw. besonders kostenintensive Kriterien neu geschaffen werden, die von den Zweckzuschüssen nicht abgedeckt werden können und zu Lasten der Landeshaushalte gehen, werde man sich allerdings entsprechend zur Wehr setzen, stellt der Landeshauptmann klar.

Nachfolgeregelung: Straffer Fahrplan bei Elementarpädagogik

Für eine vernünftige und faire Lastenverteilung werden sich die Länder auch im Bereich Elementarpädagogik einsetzen. Die derzeit noch geltende Bund-Länder-Vereinbarung für die beiden Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 wird mit Ende August 2022 auslaufen. Wallner: „Ziel muss sein, die so wichtige Planungssicherheit für die Gemeinden und Länder schnellstmöglich herzustellen“. Neben der Sicherung der Qualität der Elementarpädagogik bilden der weitere Ausbau der Kinderbildungs- und -betreuungsangebote sowie die frühe sprachliche Förderung wesentliche Schwerpunkte.

Erforderliche Anpassungen bei Flüchtlings- und Asylpolitik

Dringender Anpassungsbedarf besteht aus Ländersicht im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik. Konkret wird auf ein besser abgestimmtes Krisenmanagement und auf eine Kostenanpassung bei der Grundversorgung von Flüchtlingen gedrängt. In der geltenden Grundversorgungsvereinbarung ist keine jährliche Indexanpassung vorgesehen. Im Westen Österreichs fallen zudem die Personal- und Mietkosten für Quartiere deutlich höher aus als im Osten. Durch den Personalengpass bzw. -mangel im Sozialbereich, den die Corona-Situation zusätzlich verschärft, ist zudem eine Anpassung der Entlohnung dringend erforderlich. Angesichts der aktuellen Fluchtbewegungen sprechen sich die Länder darüber hinaus für ein noch besser abgestimmtes Krisenmanagement aus.

Arbeitsmarktreform und Infrastrukturausbau

Ebenfalls auf der Vorarlberger Vorsitzagenda steht die geplante Arbeitsmarktreform, die mit Arbeitsminister Martin Kocher und den Sozialpartnern gemeinsam ausgearbeitet werden soll. Aus Sicht des Landes würde eine verstärkte Regionalisierung von Programmen begrüßt, betont Landeshauptmann Wallner. Ein weiteres Thema der Vorsitzperiode sei die Vorgehensweise in Sachen Infrastrukturausbau und Standortpolitik. Für Vorarlberg in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung sind die beiden Projekte S 18 Bodensee-Schnellstraße als leistungsfähige Verbindung der Rheintalautobahn mit der Autobahn in der Schweiz und das grenzübergreifende Jahrhundert-Hochwasserschutzprojekt RHESI (Rhein-Erholung-Sicherheit). „Beide Vorhaben sind für die Lebens- und Standortqualität in der Region essentiell und müssen trotz Pandemie weiter mit Hochdruck vorangetrieben werden“, hält Landeshauptmann Wallner fest.

Europäische Energiewende ohne Atomkraft

Gegen die auf EU-Ebene beabsichtigte Einstufung der Atomkraft als nachhaltige Energieform werde sich Vorarlberg als vorsitzführendes Land gemeinsam mit der Bundesregierung mit aller Kraft zur Wehr setzen, verweist Wallner auf einen anderen wichtigen Politikbereich, den es zu bearbeiten gilt. Der Standpunkt Vorarlbergs und Österreichs sei klar: „Die Kernenergie ist nicht zukunftstauglich, sondern eine unkalkulierbare und damit letztlich nicht beherrschbare

Risikotechnologie. Was wir brauchen ist eine europäische Energiewende ohne Atomkraft“, bekräftigt der Landeshauptmann. Mehr als 35 Jahre nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl und über zehn Jahre nach der Kernschmelze in Fukushima sei es völlig unverständlich, dass auf die Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung noch immer nicht verzichtet wird. Zusammen müssten alle rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen den vorliegenden Verordnungsentwurf ausgeschöpft werden. „Ich gehe davon aus, dass alle Bundesländer hier an einem Strang ziehen“, betont Wallner und verweist diesbezüglich auf die klare Positionierung in Vorarlberg: „Der Vorarlberger Landtag hat in den letzten Jahren mehrere einstimmige Beschlüsse im energiepolitischen Bereich gefasst – darunter ein eindeutiges Bekenntnis zum Klimaschutz und gleichzeitig die Ablehnung des Betriebs von Atomanlagen – dies ist auch in der Landesverfassung rechtlich verankert“. Die Zukunft gehöre den erneuerbaren Energiequellen, ist Wallner überzeugt.

Erfolgreiche Bilanz für Tiroler Vorsitz

Wie der Vorarlberger Regierungschef zieht auch Landeshauptmann Günther Platter über den Tiroler Vorsitz in der Konferenz der Landeshauptleute eine positive Bilanz. Zu den größten Erfolgen zählt der mit dem Bund ausgehandelte Kompromiss über die Gesundheitsfinanzierung: Für die Jahre 2020 und 2021 sind von Bundesseite als Pauschalzahlung 750 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden. „Diese zusätzlichen Mittel sind erforderlich, weil die Bewältigung der Corona-Krise neben einer organisatorisch-logistischen auch eine enorme finanzielle Herausforderung für die Länder darstellt. Durch verringerte Einnahmen bzw. deutlich erhöhte Ausgaben fallen erhebliche Zusatzkosten im Spitals- und Gesundheitsbereich an, die damit für den vereinbarten Zeitraum kompensiert werden. Ich bin sehr froh, dass wir hier eine zufriedenstellende Lösung mit dem Bund erzielen konnten“, erklärt Landeshauptmann Platter.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg
Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse
presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095
Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar